

Wir müssen in die Kämpfe im "Heißen Herbst" eingreifen

**Die DKP in Vorbereitung ihres 19. Parteitages
in Zeiten zunehmender sozialer Kämpfe**

In Vorbereitung des 19. Parteitages der DKP, der am 9. und 10. Oktober in Frankfurt am Main stattfindet, führte die UZ ein Interview mit Bettina Jürgensen, Vorsitzende des DKP-Bezirks Schleswig-Holstein, Nina Hager, stellvertretende Parteivorsitzende der DKP und Leo Mayer, stellvertretender Parteivorsitzender der DKP.

UZ: Der 19. Parteitag der DKP am 9. und 10. Oktober findet in Zeiten wachsender sozialer Auseinandersetzungen statt. Wie schätzt ihr diese Entwicklung in der Bundesrepublik ein?

Bettina Jürgensen: Diese Aktionen zeigen, dass große Teile der Bevölkerung nicht mehr gewillt sind, Entscheidungen von Regierenden einfach hinzunehmen. Und: die Proteste entwickeln sich in vielen unterschiedlichen Bereichen. Stärker als in der Vergangenheit und doch noch immer ungenügend, nimmt auch der DGB an Vorbereitungen und Durchführungen von Aktionen teil. Und es gibt Ansätze, dass sich gerade in der Frage des Abbaus sozialer Rechte und Leistungen, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Mehrheit der Bevölkerung unterschiedliche Bewegungen vernetzen und gemeinsam aktiv werden. Das zeigte sich in den letzten Wochen z. B. bei der Demonstration "Gerecht geht anders - wir zahlen nicht für eure Krise" in Kiel oder auch bei der Demonstration in Braunschweig, die u. a. von KollegInnen aus dem VW-Werk mitgetragen wurde. Daran gilt es anzuknüpfen und diese Vernetzungen weiter zu entwickeln.

Leo Mayer: Es deutet einiges darauf hin, dass wir einem Wendepunkt entgegengehen, an dem die lange angestaute Wut in Bereitschaft zum sozialen und politischen Protest umschlägt. Die soziale Ungerechtigkeit wird immer stärker empfunden, die Arroganz der Macht ruft Widerstand hervor. Die Käuflichkeit der Politik ist so offensichtlich wie noch nie. Die Laufzeitverlängerung für die AKW hat die Anti-AKW-Bewegung wie Phönix aus der Asche wieder aufleben lassen. Oder denken wir an die Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21. Ich gehe davon aus, dass es mit einem Aufschwung der sozialen Kämpfe noch etwas dauern wird. Die Stammebelegschaften der Konzerne, also Bastionen der Gewerkschaften, werden nicht oder nur mittelbar vom Sparpaket getroffen. Die Bundesregierung hat beim aktuellen Sparprogramm ihre Politik der Integration der Gewerkschaften mit Erfolg fortgesetzt. Die Gewerkschaften, v. a. die IG Metall, haben auf die Krise mit einer erneuerten Zusammenarbeit mit Unternehmensleitungen und der Bundesregierung reagiert und waren mit Kurzarbeiterregelung, Abwrackprämie, Konjunkturprogramm durchaus nicht erfolglos bei dem Bemühen, Entlassungen bei den Kernbelegschaften zu vermeiden. Doch anscheinend blockiert dieser Krisenkorporatismus jetzt die Mobilisierungsmöglichkeiten und

weitergehende Antworten der Gewerkschaften: Wenn allerdings der vom Export ins Ausland geliehene Aufschwung stockt, dann werden auch in diesen Bereichen die Konflikte aufbrechen.

Auf dem Parteitag sollten wir eine Zwischenbilanz der Auseinandersetzung ziehen und diskutieren, wie es weitergehen kann.

Nina Hager: Immer deutlicher wird aber auch derzeit für viele, dass 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR sich die gesellschaftliche Situation weiter zuspitzt: Die soziale Spaltung wird tiefer, der Sozialabbau wird beschleunigt. Deutlicher wird auch, wer in diesem Land tatsächlich die Macht hat. Die Energie- und Pharmakonzerne, die Unternehmerverbände diktieren unverfroren und offen, was die Regierung zu entscheiden hat. Und diese setzt das umgehend um. Die bürgerliche Demokratie verkommt dabei immer mehr zur Farce, die Regierenden setzen auf eine Verschärfung von Überwachung und Repression sowie eine weitere Militarisierung der Gesellschaft. Es wächst die Gefahr einer Rechtsentwicklung.

UZ: Welche Rolle sollte die DKP in den Bewegungen gegen den Sozial- und Demokratieabbau spielen?

Bettina Jürgensen: Die DKP muss sich als Teil der Bewegung verstehen. Allerdings sind wir oft noch ungenügend auch in der Vorbereitung aktiv. Aktiver Teil von Bewegung sein heißt für mich nicht nur an den Aktionen teilnehmen und dort öffentlichkeitswirksam unsere Partei darzustellen mit Fahnen und Materialien. Es heißt auch, sich bereits bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen einzubringen. Hier finden die notwendigen Arbeitsschritte zur Organisierung von TeilnehmerInnen statt. Dabei geht es zum einen um die personelle Unterstützung, andererseits finden hier auch inhaltliche Diskussionen statt, in denen z. B. gemeinsame Aufrufe, Flugblätter oder Veranstaltungen beraten werden. Wenn wir uns bereits in dieser Phase der Vorbereitung einbringen, können wir unsere Analyse der aktuellen Situation und kurzfristig durchzusetzende Forderungen zur Diskussion stellen. Und wir sollten versuchen uns dafür einzusetzen, dass solche Bündnisse nicht mit der jeweiligen Aktion beendet werden. In der nahen Zukunft werden solche Netzwerke wahrscheinlich häufiger in Aktion treten müssen. In den einzelnen Bündnissen wächst die Erkenntnis der Zusammenhänge z. B. von Sozial- und Demokratieabbau, von dem Widerspruch der Aussagen der Herrschenden, zu Umwelt- und Klimaschutz und ihren Absprachen mit den Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung der AKW. Wir sollten also in den Bewegungen nicht nur kurzfristig dabei sein, wenn es um das öffentliche Auftreten geht, sondern ständig mitarbeiten.

Leo Mayer: Da geht es zum Beispiel darum, in die Debatte unsere Einschätzung des Charakters der Krise einzubringen. Allmählich rückt ins Bewusstsein, dass die Krise ein Ausdruck dafür ist, dass es nicht so weiter gehen kann, wie bisher: die soziale Kluft wird immer größer, der Globus immer weiter aufgeheizt. Waghalsige Finanzderivate und Tiefseebohrungen nach Öl!

In der Politischen Resolution gehen wir ja davon aus, dass wir am Beginn einer "Übergangskrise" stehen, weil die Form der kapitalistischen Produktionsweise der letzten 30 Jahre nicht einfach weiter geführt werden kann. In Krisenzeiten wird darum gekämpft, welche neuen Möglichkeiten durchsetzbar sind bzw. was an die Stelle des Alten tritt. Diese Zeiten, in denen alles Alte zur Disposition steht, sind Phasen gesellschaftlicher und politischer Instabilitäten. Und weil

sie mit einem Vertrauensverlust in die bisher führenden Parteien verbunden sind, sind mit diesen Krisenprozessen große Gefahren, aber auch Möglichkeiten verbunden. Es muss uns also darum gehen, die richtigen Forderungen und eine konkrete Politik zu entwickeln, die an den Lebenserwartungen der Menschen anknüpft und gleichzeitig Anknüpfungspunkte für die perspektivische Veränderung der Gesellschaft bietet. Forderungen, die auf eine grundlegende Wende zu einer anderen - einer umweltverträglichen und an den Menschen orientierten - Wirtschaftspolitik gerichtet und mit dem Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht verbunden sind, Forderungen, die bei ihrer Radikalisierung an den Bruch mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen herantreiben.

Unsere Politik und unsere Forderungen müssen den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Krisen deutlich machen, zwischen Finanz- und sozialer Krise, zwischen ökonomischer und ökologischer Krise, zwischen all diesen Krisen und der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.

Nur wenn diese Zusammenhänge erfasst werden, kann aus den Protestbewegungen eine Bewegung für die Veränderung der Gesellschaft und für eine gesellschaftliche Alternative entstehen. Mit dem 19. Parteitag müssen wir einen Impuls für eine DKP geben, die zum Einen als autonome marxistische Klassenpartei stärker wird und die sich zum Anderen konsequent für die Sammlung aller Kräfte einsetzt, die den neoliberalen Kapitalismus hinter sich lassen wollen oder, wie wir im Parteiprogramm sagen, "gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln".

Nina Hager: Eine Ausweitung der Proteste wird nur möglich sein, wenn die bereits Handelnden nicht gegeneinander agieren, sondern die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Die unterschiedlichen linken, antikapitalistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte haben dabei eine besondere Verantwortung. Die DKP wird ihre Wahrnehmungen, ihre Positionen, Vorstellungen und gesellschaftlichen Ziele in die Bewegung einbringen. Unsere Mitglieder sollten überall alles unternehmen, die Kräfte zusammenzuführen. Wir sollten aber selbstkritisch prüfen, wo vielleicht auch Vorurteile unserer Mitglieder oder das Politikverständnis einiger Genossinnen und Genossen eine Arbeit in Bündnissen erschweren.

UZ: *Der Parteitag der DKP steht also vor großen Herausforderungen. Was erwartet ihr in diesem Zusammenhang vom Parteitag?*

Nina Hager: Wir werden auf dem Parteitag selbstverständlich unsere Alternativen zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung diskutieren. Und wir werden natürlich auch anhand der konkreten gesellschaftlichen Entwicklungen aufzeigen, warum wir konsequent für eine andere Gesellschaft, für Sozialismus, eintreten.

Ich erwarte eine eindeutige Orientierung in der Diskussion auf die anstehenden politischen Aufgaben sowie einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Ich erwarte, dass die Mehrheit der Delegierten die Grundpositionen der DKP zur Kriseneinschätzung, zur Einschätzung der Gegenkräfte und der Aufgaben der DKP in dieser Situation, zur Aktionseinheits- und Bündnispolitik, zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit bestätigt und auf einen langfristigen Diskussionsprozess über in der Partei weiterhin strittige Fragen auf der Grundlage unseres Parteiprogramms orientiert. Dazu gehört auch die Debatte über unser Verhältnis zu den Einheitsgewerkschaften. Ich

erwarte, dass die Mehrheit der Delegierten auch Versuche linkssektiererischer Verengungen unserer Politik kritisch sieht und sie ablehnt.

Bettina Jürgensen: Der Parteitag sollte durch die Darstellung von Beispielen aus den Betrieben, Gewerkschaften und Bewegungen dazu beitragen, Erfahrungen zu verallgemeinern. Gerade die Bedeutung der Entwicklung des Kampfes in den Betrieben und die gemeinsamen Aktionen mit Teilen der außerparlamentarischen Bewegungen wird wachsen. Mitglieder der DKP sollten in den Gewerkschaften, in ihren betrieblichen Zusammenhängen und in den Bewegungen die Diskussionen über Forderungen zur kurzfristigen Besserung der Lage der Mehrheit der Menschen führen und dabei auch darüber reden, dass eine sozialistische Gesellschaft als Alternative möglich ist. Die Verbindung herzustellen zwischen dem, was gerade aktuell notwendig und möglich ist in Aktionen und Demonstrationen, hierzu Forderungen und einen gemeinsamen Weg zu entwickeln, dabei aber das Bild einer Gesellschaft entwickeln, für das die Deutsche Kommunistische Partei kämpft.

UZ: *Der Parteitag wird auch geprägt sein von innerparteilichen Auseinandersetzungen. Es geht im wesentlichen um unterschiedliche Vorstellungen der politischen Entwicklung der DKP und auch um unterschiedliche Personalvorstellungen.*

Wie schätzt ihr diese Auseinandersetzung ein? Steht die DKP vor einer Zerreißprobe?

Leo Mayer: Wir treten in eine Periode gesellschaftlicher und politischer Instabilitäten ein. Wenn wir die Chance, die in solchen Umbruchphasen steckt, nutzen wollen, dann brauchen wir nicht innerparteilichen Zank und Selbstbeschäftigung, sondern eine kulturvolle Debatte, um die Realitäten besser zu begreifen. Wir müssen uns auf das Neue einstellen, dann werden wir auch die Chancen nutzen können. Bei allen ideologischen Differenzen sollten wir uns darauf einigen können, dass wir mit dem 19. Parteitag einen Schritt in die Richtung gehen, die DKP politik- und handlungsfähiger zu machen.

Bettina Jürgensen: Diese Auseinandersetzung ist ja nicht neu. Immer wieder hat es in kommunistischen Parteien und auch in der DKP die Diskussion um inhaltliche Fragen gegeben. An sich sind solche Auseinandersetzungen positiv zu bewerten, da sie dazu beitragen können und sollten, den Herausforderungen an die Kämpfe der jeweiligen Zeit besser gewachsen zu sein. Nur in der inhaltlichen Diskussion und Auseinandersetzung findet letzten Endes ein Vorwärtsgen statt. Bei der aktuellen Debatte in der Partei geht es u. a. um die Einschätzung der aktuellen Situation und der Krise des kapitalistischen Systems und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten als DKP zu wirken. Konkret gibt es als Hauptantrag des Parteivorstandes die "Politische Resolution" und den Antrag für eine "Handlungsorientierung". Dem steht ein Antrag der Berliner Landesorganisation gegenüber. Der Parteitag wird darüber zu entscheiden haben, wie und welche Anträge beraten und dann beschlossen werden, ebenso, wie die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes aussehen soll. Ich gehe davon aus, dass die Debatte über die Einschätzung der politischen Lage und die sich daraus ergebende Aufgabenstellung für unsere Partei nicht zur Zerreißprobe wird, in der allerdings Unterschiede sichtbar werden. Ich wünsche mir eine Diskussion, die zielgerichtet und solidarisch geführt wird. Spätestens nach dem Parteitag wird die DKP in den Kämpfen im

"Heißen Herbst" wieder eingreifen müssen. Dazu brauchen wir eine Partei, in der die Mitglieder ihre Kraft nicht allein und überwiegend darauf konzentrieren, in der Partei die Auseinandersetzung zu suchen. Wir brauchen eine gemeinsame Einschätzung der politischen Situation und die gemeinsam erarbeitete Grundlage für die nächsten Handlungsschritte.

Nina Hager: Zu hoffen wäre, dass die Auseinandersetzung auf dem Parteitag inhaltlich, argumentativ, an der Sache orientiert, wahrheitsgemäß und mit Achtung vor der Person erfolgt. Dann werden auch die Positionen und Argumente nachvollziehbar. Dafür tragen jede Genossin, jeder Genosse, die auf dem Parteitag auftreten wollen, Verantwortung. Andernfalls wird der Parteitag seine politische Aufgabe nicht erfüllen. Und das wäre für die weitere Entwicklung der Partei tatsächlich fatal.

UZ: Die DKP ist weit entfernt davon, Masseneinfluss zu haben. Was sind aus eurer Sicht die notwendigen Schritte zur Stärkung der DKP?

Bettina Jürgensen: Wie bereits gesagt, ist das gemeinsame Auftreten und Handeln unserer GenossInnen wichtig, um auch nach außen zu signalisieren: die Mitglieder der DKP sind Teil der außerparlamentarischen Bewegungen. Wir wollen die Bewegungen stärken und deren Forderungen helfen durchzusetzen. Dabei dürfen die weitergehenden Forderungen und Ziele der Partei natürlich nicht fehlen. In den Bewegungen sind Mitglieder unserer Partei oft ein anerkannter Teil, was aber nicht bedeutet, dass deshalb unser Kampf für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft bereits massenwirksam ist. Unser Einfluss ist - auch entsprechend unserer eigenen Stärke - noch nicht genügend entwickelt. Oft sind wir noch zu zaghaft mit der Darstellung unserer eigenen Forderungen. Der bundesweite Aktionstag der DKP war aber ein Schritt um zu zeigen: uns gibt es noch und wir entwickeln Alternativen zu diesem kapitalistischen Gesellschaftssystem. Das kann zur Stärkung der DKP beitragen, da es wieder mehr Menschen gibt, die sich eine andere Gesellschaft vorstellen können. Mit einer stärkeren DKP können wir natürlich besser auch in der Aktion auftreten. Wichtig ist doch momentan die Frage: wie bringen wir uns und unsere Vorstellungen besser als bisher in die Bewegungen - inklusive der Gewerkschaftsbewegung - ein und stellen sie zur Diskussion?

Die Fragen stellte
Wolfgang Teuber

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)